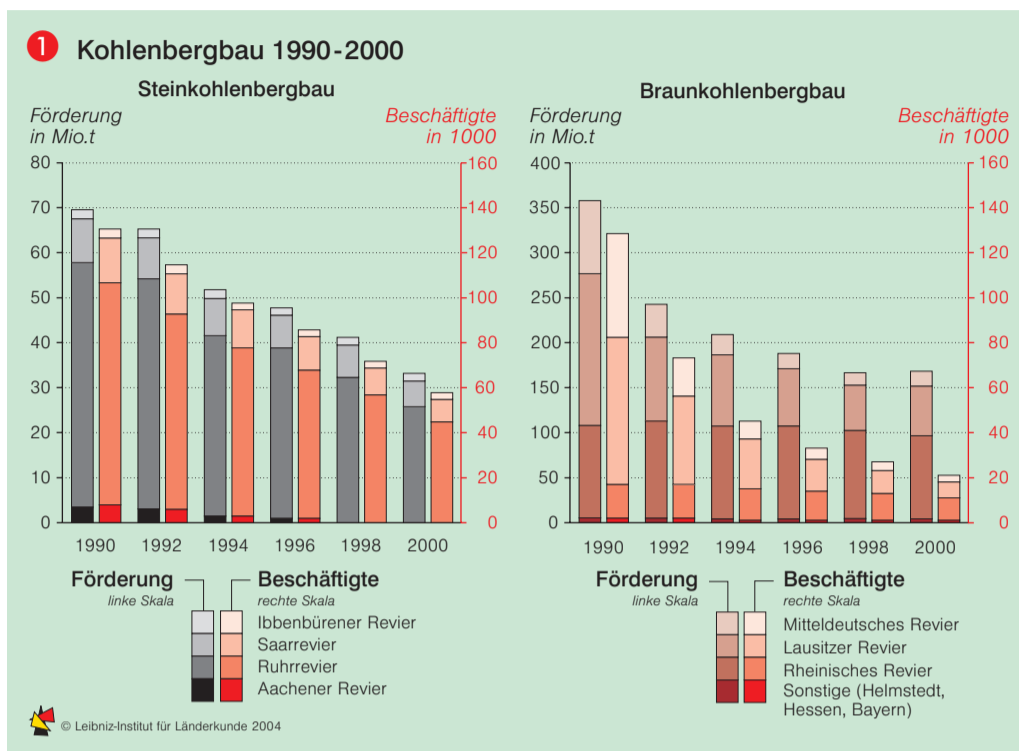


Bergbaureviere und Strukturwandel

Hans-Werner Wehling



Der westdeutsche Steinkohlenbergbau gehört seit mehr als 30 Jahren, der ostdeutsche Braunkohlentagebau seit der Wiedervereinigung zu den schrumpfenden Altindustrien **1**.

Der Steinkohlenbergbau – eine schrumpfende Altindustrie

Die Steinkohle verlor als Industriekohle wie als Hausbrand seit den 1960er Jahren den Konkurrenzkampf gegen Erdöl

und Erdgas (► Beitrag Pasternak, S. 36) auf dem sich strukturell verändernden heimischen Energiemarkt. Ihr Anteil am insgesamt gestiegenen Primärenergieverbrauch sank von 60% (1960) auf 13,1% (2001). Die nationale Deindustrialisierung reduzierte zudem die quantitative Nachfrage industrieller Großkunden nach Koks. Relativ ungünstige Lagerungsverhältnisse und damit hohe Förderkosten sowie hohe Lohnkosten verringerten weiterhin nicht nur die Chancen der deutschen Steinkohle auf dem Weltmarkt, sondern ließen auch den Anteil preiswerter Importkohle auf 56% der Verbrauchsdeckung steigen.

Der Steinkohlenbergbau reagierte auf die sinkende Nachfrage mit Rationalisierungen, Zechenstilllegungen und Unternehmenszusammenschlüssen. 1957 gingen die Schachtanlagen des Saargebietes in der Saarbergwerke AG auf, und 1969 wurde als Zusammenschluss der Schachtanlagen des Ruhrgebiets **2** die Ruhrkohle AG gegründet, zu deren Tochtergesellschaften auch die Bergwerksgesellschaften im inzwischen stillgelegten Aachener Revier gehörten **3**. 1998 entstand durch Zusammenschluss von Ruhrkohle Bergbau AG und Saarbergwerke AG die Deutsche Steinkohle

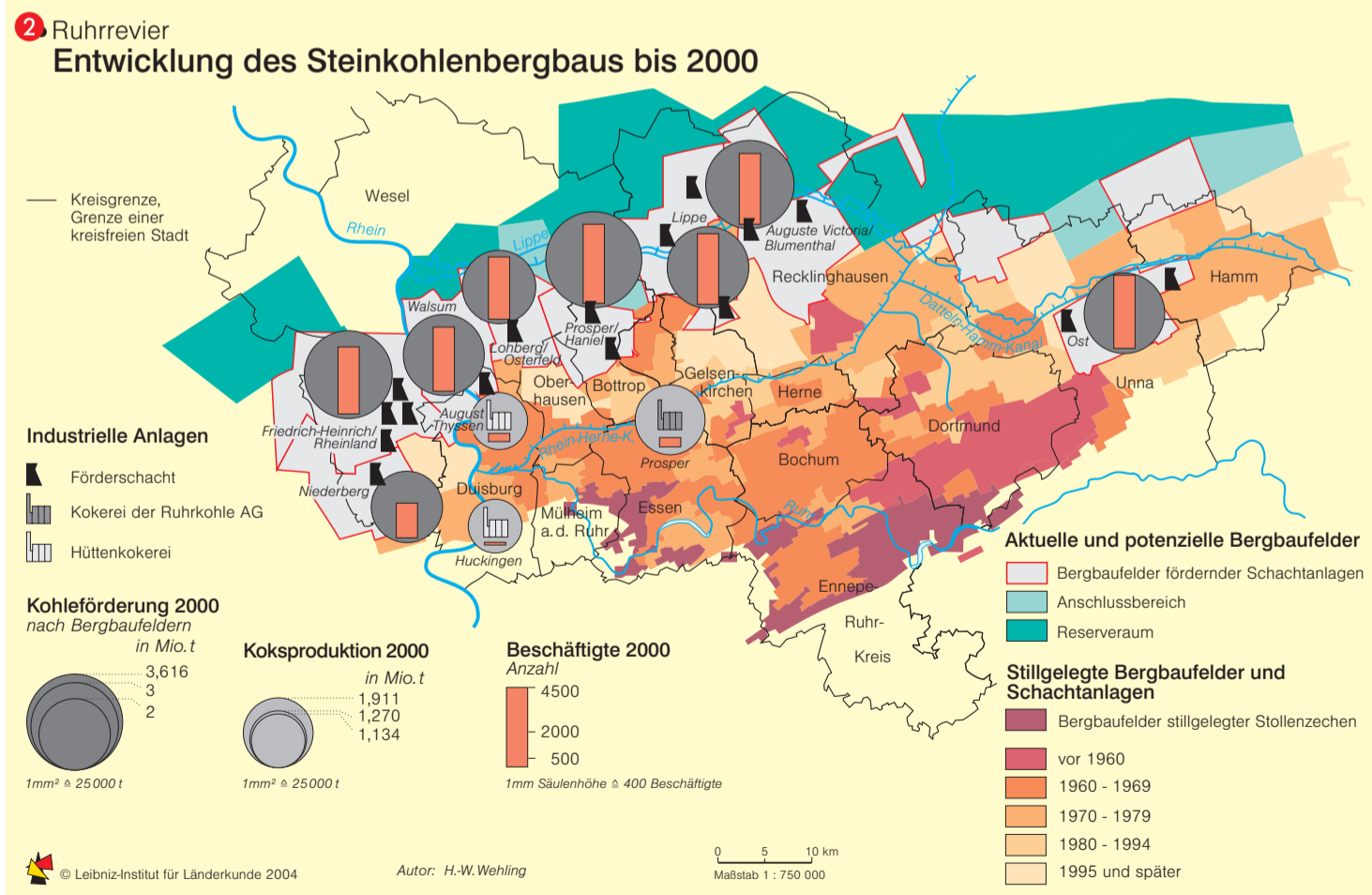
AG (DSK) als Tochtergesellschaft der Ruhrkohle AG (RAG). Von 1960 bis 2000 sanken die Zahl der Beschäftigten im deutschen Steinkohlenbergbau von 490.000 auf 58.000, die Zahl der Schachtanlagen von 114 auf 12 (8 im Ruhrrevier, 3 im Saarrevier und 1 im Ibbenbürener Revier). Die Fördermengen fielen von 148,8 Mio. t (1958) auf 33,3 Mio. t (2000), von denen 11,5% verkocht, 67,3% direkt verstromt werden.

Zunächst aus energiepolitischen, zunehmend jedoch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen wurde dieser Schrumpfungsprozess begleitet von Subventionen des Bundes und der Kohleländer (Nordrhein-Westfalen, Saarland), die sich von 1960 bis 1996 auf 170 Mrd. DM beliefen. Der am 13.3.1997 geschlossene Kohlekompromiss sieht einen schrittweisen Abbau dieser Subventionen vor – von jährlich rund 5 Mrd. Euro bis auf 2,3 Mrd. Euro im Jahre 2005. Zu den bis dahin aufsummierten rund 35 Mrd. Euro trägt der Bund 29 Mrd. Euro, das Land NRW rund 4,8 Mrd. Euro bei; hinzu kommen jährlich 100 Mio. Euro aus den Erträgen der RAG. Dieser Kohlekompromiss wurde am 7.6.2002 durch neue EU-Beihilferegulungen abgesichert. Als Folge der Subventionskürzungen wird die Zahl der Bergbaubeschäftigten bis 2005 auf 36.000, die Zahl der Bergwerke auf zehn mit einer Förderkapazität von jährlich 26 Mio. t zurückgehen.

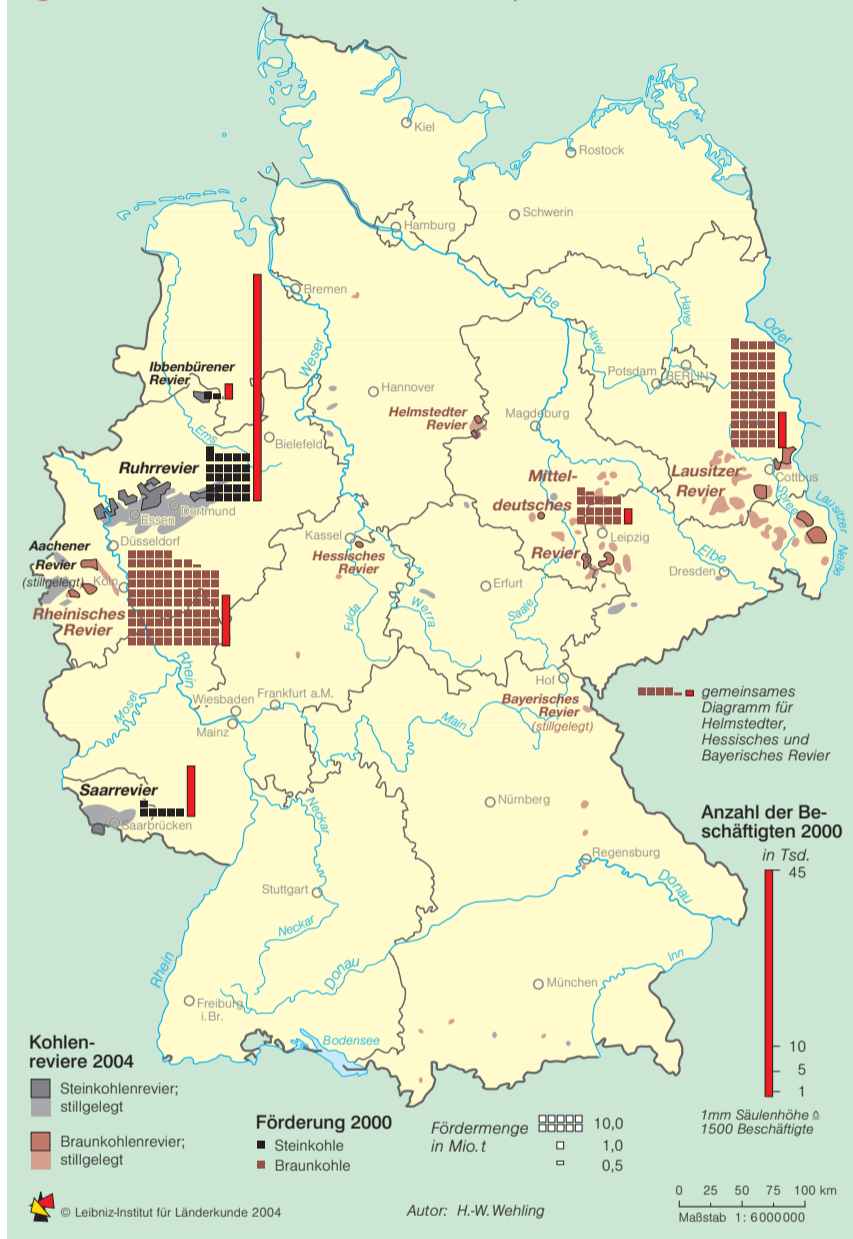
Tendenzen im Braunkohlenbergbau

Die wirtschaftliche und räumliche Entwicklung der Braunkohle unterliegt seit der Wiedervereinigung unterschiedlichen Tendenzen in den westdeutschen und ostdeutschen Revieren **4** **5**. Die in den sechs Revieren abgebauten 167,7 Mio. t Braunkohle (2000) dienen zu 91,3% der Stromerzeugung, der Rest zur Herstellung von industriell genutzten Veredelungsprodukten (Braunkohlenstaub, Trockenkohle, Wirbelschichtkohle). Die Produktion von Briketts, die 1989 noch 49,4 Mio. t erreichte und fast ausschließlich im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier stattfand, ist nahezu zum Erliegen gekommen.

In der DDR hatte neben dem Kali die Braunkohle als einzige wirtschaftlich nutzbare Ressource eine herausragende Stellung als Energieträger und Rohstoff. Bedingt durch die Autarkiebestrebungen des planwirtschaftlichen Systems stieg die Förderung von 225,5 Mio. t (1960) auf 300 Mio. t (1989). 1989 waren 37 Tagebaue in Betrieb, wobei seit den 1960er Jahren der Förderschwerpunkt aus dem Mitteldeutschen in das Lausitzer Revier verlagert wurde, wo das



3 Stein- und Braunkohlenreviere 2000/2004



Energiezentrum der DDR entstand. Nach der Wiedervereinigung standen die unternehmerisch neu organisierten ostdeutschen Reviere Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und dem wachsenden Konkurrenzdruck der technologisch hoch stehenden westdeutschen Reviere, insbesondere des Rheinischen Reviers, gegenüber. Am 29.6.1990 wurde die Lausitzer Braunkohlen AG (LAUBAG) gegründet, über direkte und indirekte Beteiligung eine 100%ige Tochtergesellschaft westdeutscher Energieunternehmen (RWE, HEW, BEWAG, EnBW). Per 31.12.1993 veräußerte die Treuhänder die unter ihrer Verwaltung stehende Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) dagegen an ein anglo-amerikanisches Konsortium.

Im Kraftwerksbereich wurden seit 1989 technische Nachrüstungen durch-

geführt, kleinere Anlagen stillgelegt und für Altanlagen, die zur Deckung des Grundlastbedarfs nicht notwendig waren, eine späteste Stilllegung bis zum 1.4.2001 beschlossen. Darüber hinaus führten die Ausrichtung auf marktorientierte Energiepreise, eine sich zunehmend verändernde Energieversorgung der privaten Haushalte sowie die Stilllegung energieextensiver Produktionsanlagen industrieller Abnehmer zu einem drastischen Bedarfsrückgang.

Insgesamt sank der Anteil der Braunkohle am gesamtdeutschen Primärenergieverbrauch von 24% (1989) auf 10,8% (2000) und an der Stromerzeugung von 32% (1989) auf 21,8% (2000) – ein Rückgang, der ausschließlich zu Lasten der ostdeutschen Reviere ging (Beitrag Brücher/Helfer, S. 130). Die Reduzierung der Abbau- und Verarbeitungskapazitäten führte in den östli-

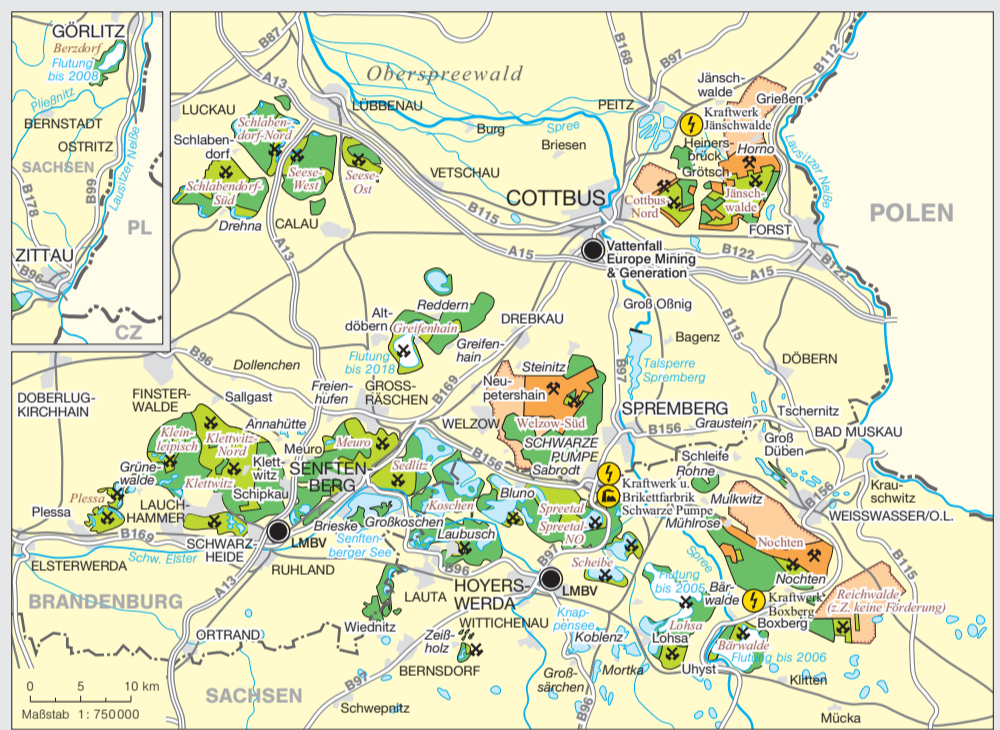
chen Revieren zu einem Rückgang der Arbeitsplätze von 129.600 (1989) auf 10.077 (2000).

Die Sanierung ehemaliger Tagebauegebiete hatte 1989 davon auszugehen, dass von insgesamt 122.000 ha Bergbauflächen im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier nur 46,9% bzw. 51,1% rekultiviert waren (Beiträge Hoepfner/Paul, Bd. 2, S. 52 und Berkner, Bd. 2, S. 54). Neben der Flächendevastierung (Zerstörung des Oberflächenbewuchses) von etwa 60.000 ha stellten die Altlasten auf den Standorten ehemaliger Veredelungsanlagen sowie Grundwasserabsenkungen von bis zu 80 m schwerwiegende Eingriffe in den Naturhaushalt dar. Die seitdem angelaufenen Sanierungsarbei-

ten umfassen – neben der Altlastensanierung auf etwa 100 Standorten – die Begrünung ehemaliger Betriebsflächen, die Umwandlung von Teilen der ehemaligen Bergbau- in eine Naherholungslandschaft, aber auch die Herstellung einer bergtechnischen Grundsticherheit. Böschungen sind vor Rutschungen zu schützen und setzunggefährdete Kippenflächen müssen saniert werden.

Der Schrumpfung des Braunkohlentagebaus in den östlichen Revieren steht ein Ausbau im rheinischen Revier gegenüber, wo von 2006 bis 2045 ein 48 km² großes Gebiet als Garzweiler II in Betrieb genommen wird.

4 Lausitzer Braunkohlenrevier 2003



5 Rheinisches Braunkohlenrevier 2002

